

p.B.72.9.15.1. - WA/os
p.B.15.21.RDA.1.

Bern, den 18. Oktober 1977

Vertraulich

Besuch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in Bern vom 26./27. September 1977

A u f z e i c h n u n g
der beiden Gesprächsrunden im
Bundeshaus (Saal W 240) vom
26. September 1977, 10.30 - 12.00 Uhr
und 15.00 - 17.00 Uhr

Traktandenliste

1. Ost-West Beziehungen
2. KSZE
3. Abrüstung und Beschränkung von Waffen
4. Deutschlandfrage und Berlin
5. Bilaterale Fragen
6. Nord-Süd-Beziehungen)
7. Mittlerer Osten) diese 3 Punkte kamen aus zeitlichen
Gründen nicht zur Sprache
8. Südliches Afrika)

Teilnehmer auf schweizerischer Seite

Herr Botschafter A. Weitnauer	Generalsekretär des EPD
Herr Botschafter F. Schnyder	Schweiz. Botschafter in der DDR
Herr Botschafter R. Bindschedler (für 2. + 3.)	Rechtsberater des EPD
Herr Botschafter E. Diez (für 4. + 5.)	Direktor der Völkerrechts- direktion
Herr Botschafter A. Hegner	Chef der Politischen Abteilung I
Herr Botschafter J. Cuendet	Chef des Politischen Sekretariats
Herr A. Maillard	Stellvertreter des Chefs der PA I
Herr M. Leippert (für 5.)	Sektionschef Auslandschweizerange- legenheiten
Herr H.J. Renk (für 2.)	Stellvertreter des Chefs des Politischen Sekretariats
Herr A. Greber	Chef des Sekretariats des General- sekretärs
Herr D. de Pury (vorgesehen für 6.)	Finanz- und Wirtschaftsdienst
Herr K. Wyss	Politische Abteilung I (Aufzeichnung)



DDR - Seite

Herr Kurt Nier	Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR
Herr Botschafter Herbert Barth	Botschafter der DDR in der Schweiz
Herr Wolfgang Strohmeier	Botschaftsrat
Herr Walter Flach	Botschaftssekretär
Herr Hans-Jürgen Brückner	Sektorleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Begleiter von Herrn Nier)

1. Ost-West-Beziehungen

Herr Weitnauer stellt nach der Begrüssung und gegenseitigen Vorstellung der Delegationen fest, dass es nicht nur Warschaupakt- und NATO-Staaten, sondern auch Neutrale und Blockfreie gebe. Die KSZE habe gezeigt, dass diese Länder eine nützliche Rolle spielen können. Kurze Darlegung der Rolle der neutralen Schweiz.

Eine der Folgen der KSZE sei, dass wir heute Themen anschneiden können, wo wir nicht der gleichen Auffassung sind. Beispielsweise die Menschenrechtsfrage, die vom amerikanischen Präsidenten lanciert wurde. Der neutralen Schweiz stehe es nicht zu, die Weltpolitik zu kommentieren, dennoch seien wir der Ansicht, dass die Menschenrechte alle Regierungen und Völker etwas angehe, weil das Individuum in der heutigen komplizierten Welt auf gewisse Rechte, wie freie Meinungsäusserung, freie politische Betätigung, soziale Rechte, Pressefreiheit etc. muss zählen können. Unserer Ansicht nach müssten gewisse Auswüchse der Pressefreiheit nicht gleich als "entspannungsfeindlich" abgetan werden, denn eine Meinung provoziert eine Gegenmeinung und das Endergebnis liege dann ungefähr richtig. Wir seien von diesem selbstreinigenden Prozess überzeugt. Im weiteren sei die Frage erlaubt, ob die auf dem Marxismus-Leninismus basierende politische Weltanschauung nicht ein Hindernis für Entspannung ist, da der ideologische Kampf ja weitergehen soll, mehr noch, der Ausgang des Kampfes mit dem Sieg des Sozialismus bereits bekannt sei. Für uns könne Entspannung nicht nur dazu da sein, dass dieser historische Prozess nicht gestört wird! Wir hätten ebenso Anrecht auf unsere eigene Auffassung, wobei wir das Gefühl haben, dass das Schicksal der Welt hinsichtlich Endergebnis durchaus unabsehbar und offen bleibt.

Herr Nier: Die DDR ist als Ergebnis des 2. Weltkrieges ein sozialistischer Staat und Mitglied des Warschaupakts. Das heisst nicht, dass für die DDR nicht auch andere Staaten ausser den NATO- und Wapa-Staaten existierten. Die DDR-Politik möchte nämlich die "Blockbildung auf längere Sicht überwinden". Gegenwärtig sei jedoch eine Auflösung von NATO und Wapa - realistisch gesehen - nicht durchführbar. Das "Volk der DDR" habe sich seinerzeit für die sozialistische Gesellschaftsordnung entschieden ("Selbstbestimmung"). Grundvoraussetzung für die weitere Entwicklung sei die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Die Verträge der Bundesrepublik mit den sozialistischen Staaten und die multilaterale Bestätigung durch die Schlussakte von Helsinki seien wesentliche Voraussetzungen, dass der Friede in Europa sicherer geworden ist. Die politische Entspannung sollte jedoch kontinuierlich vorangetrieben werden und parallel mit der Abrüstung gehen, da ein enger Zusammenhang zwischen beiden Fragen bestehe. Der Standpunkt der DDR und der anderen sozialistischen Staaten sei in der "Deklaration von Bukarest" des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschaupaktstaaten vom November 1976 festgehalten: die Nichterstanwendung von Kernwaffen wäre bereits ein erster Schritt in dieser Richtung; des weiteren sollten Handlungen unterlassen werden, die zur Ausweitung bestehender oder zur Schaffung neuer politischer und militärischer Gruppierungen führen könnten.

Die Frag der Menschenrechte sollt in Belgrad nicht mit "missionarischem Eifer" aufgeworfen werden. Da sie in der DDR "nach Verfassung und sozialer Ordnung" verwirklicht seien, hätte die DDR keinen Anlass, eine Diskussion zu fürchten, werde aber den Problembereich nicht als erste vorbringen. Etwas anderes sei die massenhafte Verletzung der Menschenrechte etwa in Südafrika, wo ein entsprechendes Auftreten erforderlich sei.

Zur Infragestellung der Verträglichkeit von ideologischem Kampf und Entspannung meint Herr Nier, dass man hier leicht auf die philosophische Ebene gerate. Diese philosophisch-ideologische Auffassung ("unsere Religion, wenn Sie so wollen") sei etwas anderes als die

Beziehungen der Staaten untereinander ("Alltagspolitik"). Die Existenz unterschiedlicher sozialer Systeme sei jedenfalls absolut kein Hinderungsgrund für die Entspannung. Jedes System habe eine bestimmte ökonomische Basis, aus der sich die entsprechende Ideologie ergäbe. Die Frage des Systems sei in erster Linie vom betreffenden Volk zu entscheiden, wobei jedes Volk das ihm gut scheinende propagieren wolle. Der Begriff "Export der Revolution" sei jedoch "unserem System wesensfremd"; man könne nicht versuchen, sozusagen von aussen her ein System zu verändern. Es gelte deshalb eine Trennung zu machen zwischen dem Verhältnis der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zueinander ("friedliche Koexistenz") und der Entwicklung in den einzelnen Staaten selbst.

Hinsichtlich der Pressefreiheit existiere eine solche auch in der DDR: in der Öffentlichkeit gebe es kritische Auseinandersetzungen zu gewissen Problemen; es komme aber immer darauf an, von welcher Position aus und mit welcher Zielsetzung sie geführt würden. Die DDR verstehe jedoch die Pressefreiheit nicht so, dass man über die Massenmedien "sozusagen Kriegshetze" betreiben könne, was "gegen die Menschenrechte gerichtet" sei..

2. KSZE

Herr Nier: Die Schlussakte von Belgrad ist ein einheitliches Ganzes. Dabei kommt jedoch Fragen wie der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Souveränität eine grosse Bedeutung zu ("je unveränderlicher die Grenzen in Europa, desto stabiler wird der Friede sein"). Das Belgrader Vorbereitungstreffen hätte "zufriedenstellende Resultate" gezeitigt. Die Hauptkonferenz soll als weiterer Schritt auf dem sich über die "ganze nächste Periode und Zukunft" erstreckenden Weg zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in "konstruktiver Atmosphäre" verlaufen und nicht zu einem "Forum der Konfrontation und der gegenseitigen Abrechnung" werden.

Botschafter Bindschedler stimmt darin überein, dass Belgrad keine rein buchhalterische Übung werden soll, und dass der Prozess der Entspannung ein langfristiger sein wird, präzisiert jedoch, dass die Schlussakte sowohl die Feststellung des Erreichten wie die Weiterführung des von der KSZE eingeleiteten Prozesses gemäss Schlussakte vorsehe, wobei das erste die Voraussetzung des zweiten sei.

Darlegung der beiden konkreten schweizerischen Anliegen:

1. SRPD, zu dessen Weiterbehandlung die Belgrader Konferenz formell Zeitpunkt und Ort festzulegen habe (Expertentreffen möglicherweise Ende nächsten Jahres in der Schweiz).
2. Informationswesen, wo sich die Schweiz für vermehrte Erleichterungen und die weitere Verbreitung von Informationen aller Art einsetzen werde. Unter Hinweis auf Herrn Niers Auffassung vom Wettbewerb der beiden Systeme gelte es, auf diesem Gebiet die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen herzustellen, indem beispielsweise erreicht werden sollte, dass alle Zeitungen überall frei gelesen werden können.

Hinsichtlich der militärischen Aspekte (Konferenz von Bukarest) ist der Vorschlag der Wapa-Staaten über die Nichterstanwendung von Kernwaffen von Interesse. Unsere Neutralität verbiete, die eine oder andere Seite zu unterstützen. Angesichts der gegenwärtigen strategischen Lage bestünde jedoch kaum Aussicht, damit durchzukommen. Wird der Vorschlag auch in Belgrad vorgelegt werden ?

Herr Nier nimmt zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:
Mit Bezug auf das SRPD habe sich an der DDR-Auffassung u.a. betreffend "Obligatorium" nichts geändert, die DDR sei jedoch bereit, nach der Belgrader Konferenz an Expertengesprächen teilzunehmen. Betreffend Informationsaustausch müsse man in der Tat nach einer Verbesserung streben, aber die DDR gehe davon aus, dass Information der "Festigung des Friedens und der geistigen Bereicherung des Einzelnen" dienen müsse. Im übrigen seien den in der

- 6 -

DDR akkreditierten Journalisten verschiedene Verbesserungen zugestanden worden, die über das in der Schlussakte verlangte hinausgingen, indem die Journalisten mit den gewährten Privilegien "fast Diplomaten gleichgestellt" seien.

Im Verhältnis Schweiz-DDR gelte es noch Vieles zu tun, denn der Umfang des Zeitungsaustausches sei relativ gering, wobei allerdings die DDR nicht so schlecht dastehe: die DDR beziehen 10 Schweizer Tageszeitungen mit 79 Exemplaren, die Schweiz hingegen nur 1 DDR-Zeitung mit 7 Exemplaren...

Bezüglich der Fragen, ob der Vorschlag der Nichterstanwendung von Atomwaffen seitens der Wapa-Staaten auch in Belgrad vorgelegt wurde, sei der Vorschlag als solcher gemacht und allen KSZE-Staaten bekannt, weshalb er nicht formell neu vorgelegt werden müsse. Man werde in Belgrad aber mit Bestimmtheit darauf zurückkommen.

Zur Frage von Botschafter Bindschedler, wie es nach Auffassung der DDR mit den vertrauensbildenden Massnahmen weitergehe, wo die Schweiz die Verbesserung von Einzelheiten im Verfahren bei der rechtzeitigen Ankündigung von Manövern begrüßen würde, meinte Herr Nier, das bisher Erreichte sei das gegenwärtig Machbare. Alles weitere sei gegenwärtig kaum durchführbar. Die DDR habe bis jetzt keine eigenen Manöver durchgeführt, jedoch an ausländischen teilgenommen und auch den Austausch von Militärdelegationen intensiviert. Der DDR bereiteten die gegenwärtige Serie von NATO-Manövern Sorge, welche es in diesem Umfange zuvor nie gegeben habe.

Herr Nier geht mit der schweizerischen Auffassung einig, dass die KSZE langfristig in einer gewissen Kadenz weitergeführt werden muss, meint jedoch, dass auch unabhängig davon bestimmte Probleme wie Umweltschutz, Energie- und Verkehrswesen erörtert werden sollten.

3. Abrüstung und Beschränkung von Waffen

Herr Weitnauer stellt fest, dass die Schweiz mit ihren Verteidigungsanstrengungen nur in einem beschränkten Masse mithalten kann. Demgegenüber nehme die Bewaffnung im weltweiten Rahmen zu und der Verständigungswille sei gegenwärtig nicht besonders gross (SALT I + II, MBFR), was zu gewissen Befürchtungen Anlass gebe. Im übrigen seien wir auf diesem Gebiet die Nehmenden und an der diesbezüglichen Auffassung der DDR interessiert.

Herr Nier hebt die Bedeutung hervor, welche die DDR der Abrüstung "in all ihrer Breite" beimesse:

SALT sei äusserst wichtig, weil die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen immer Auswirkungen auf die internationale Lage hätten. Die DDR würde eine Verlängerung von SALT I begrüßen und hoffe auf einen Erfolg der Gespräche Vance-Gromyko, bedaure jedoch, dass die USA von den Wladiwostokvereinbarungen abgegangen seien und einen einseitigen Vorteil zu erzielen suchten. So könnten nicht Raketen einbezogen, und gleichzeitig die Flügelraketen ("Cruise missile") ausgeklammert werden.

Bezüglich der "Wiener Verhandlungen" (MBFR) bedauert die DDR als direkt beteiligter Staat die mageren Ergebnisse, doch hätten die bisherigen Verhandlungen dazu geführt, die Positionen hinsichtlich der Grenzen und Möglichkeiten der einzelnen Staaten deutlicher zu machen. Gegenwärtig bestehe ein relatives Kräftegleichgewicht, was selbst Bundeskanzler Schmidt und Premierminister Callaghan eingestanden hätten. Dieses Gleichgewicht sollte auf niedrigerer Stufe erhalten werden, aber nur bei gleichwertiger und nicht asymmetrischer Reduktion, einbezüglich der A-Waffen. Das Prinzip soll die "ungehinderte Sicherheit aller Teilnehmer" sein. Die DDR sei bereit, in Wien weiter zu verhandeln und erwarte mit grossem Interesse die Vorschläge, welche anscheinend die BRD vorlegen werde.

Am "Genfer Abrüstungsausschuss" sei die DDR ebenfalls interessiert, weil dies das einzige Gremium sei, wo gewisse Ergebnisse erzielt worden seien (Verbot der chemischen Waffen sowie Erörterung der Frage eines vollständigen Verbots aller Kernwaffenversuche).

Herr Weitnauer: Bei der Abrüstung geht es nicht nur um den Abbau von Waffen, sondern in erster Linie um den Abbau des gegenseitigen Misstrauens, und da hapert es noch bedenklich.

4. Deutschlandfrage und Berlin

Herr Nier meint, dass es eine offene deutsche Frage nicht mehr gebe, denn mit dem Vertragswerk zwischen der DDR und der BRD sowie der Aufnahme beider Staaten in die UNO sei das Verhältnis normalisiert worden. Entscheidend sei, dass heute von zwei souveränen und gleichberechtigten deutschen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ausgegangen werden müsse. Deshalb seien Erklärungen gewisser entspannungsfeindlicher Kreise in der Bundesrepublik hinsichtlich Wiedervereinigung realistisch und völkerrechtlich betrachtet illusionär: die Frage der Wiedervereinigung stehe "für heute und die ganze überschaubare Zukunft" nicht auf der Tagesordnung. Für die Haltung der DDR gelte nach wie vor das Interview, welches Generalsekretär Honecker seinerzeit der Saarbrücker-Zeitung gewährt hatte. Im Sommer 1977 habe ein inoffizieller Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Schmidt und Honecker stattgefunden. Auf dieser Grundlage würden Sondierungsgespräche zwischen dem Staatsminister im Bundeskanzleramt, H.-J. Wischnewski, und dem Leiter der ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik, M. Kohl, geführt, die noch nicht abgeschlossen sind. Ergebnisse können keine vorausgesagt werden. Schlüsselfrage bleibe die Völkerrechtssubjektivität jedes der beiden Staaten, welche nicht in Frage gestellt werden dürfe.

Für die DDR sei die Normalisierung nicht nur eine bilaterale Frage, sondern sie müsse im gesamteuropäischen Zusammenhang gesehen werden. Gegenwärtige Probleme, bei dem sich die Bundesrepublik noch nicht zu allen Konsequenzen habe durchbringen können:

1. Granzfrage: Die Grenze zwischen DDR und BRD sei eine Grenze im Sinne des Völkerrechts und nicht wie eine solche zwischen den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik aufzufassen. Allein 1976 sei es jedoch vom Territorium der BRD aus zu mehr als 1000 Verletzungen der DDR-Grenze gekommen, was umso bedauerlicher sei, da es sich gleichzeitig um die empfindliche Grenze zwischen dem Wapa und der Nato handelt. Dabei hat eine DDR-bundesdeutsche Grenzkommission den genauen Grenzverlauf vereinbart, mit Ausnahme eines 94 km langen Grenzbereichs entlang der Elbe zwischen Lauenburg und Schnackenberg.

2. Staatsbürgerschaft: Als selbständiger Staat habe die DDR ihre eigenen Staatsbürger. Kein Staat könne die Bürger eines anderen Staates mit dem Anspruch auf Fürsorgepflicht als die eigenen beanspruchen. Die Entwicklung der letzten Jahre habe eine Reihe von Ergebnissen gebracht, die noch vor nicht allzu langer Zeit unmöglich gewesen seien und von der BRD nicht in genügendem Masse gewürdigt würden (Gesundheitswesen; nichtkommerzieller Zahlungsverkehr; Reise- und Besucherverkehr, jährlich 6 - 7 Mio Bundesbürger im DDR-Transit, 3 - 4 Mio Bundesbürger zu Besuchszwecken nach DDR, umgekehrt 1,2 Mio DDR-Bürger nach der BRD).

3. Berlinfrage: Berlin ist die Hauptstadt der DDR und integraler Bestandteil der DDR. Daneben gebe es West-Berlin, in der DDR gelegen, mit besonderem politischem Status: Westberlin gehöre nicht wie ein Land zur BRD und dürfe nicht von der BRD mit entsprechender Aussenvertretungsansprüchen regiert werden. Die DDR sei zwar nicht Signatarstaat des Viermächteabkommens; da letzteres jedoch nie ohne Konsultationen zwischen der Sowjetunion und der DDR zustande-

gekommen wäre, lasse sich eine moralische Verpflichtung der DDR ableiten, sich dazu zu äussern. Das vierseitige Abkommen sei ein "wohlbalancierter Interessenausgleich" aller beteiligten Mächte. Betreffend "Berlin-Klausel" habe die DDR nichts dagegen einzuwenden, dass beim Abschluss von Handelsabkommen mit der BRD West-Berlin berücksichtigt werde, dies sollte jedoch in Übereinstimmung mit dem Viermächteabkommen geschehen. Das letztere gelte auch für den Ausbau der Beziehungen BRD-West-Berlin (einerlei ob man sie "Bindungen" oder "Verbindungen" nenne). Der Viermächte-Status gelte nicht für Berlin insgesamt, sondern nur für Westberlin, denn spätestens zum Zeitpunkt, als 1954 die Sowjetunion der DDR alle souveränen Rechte übertragen und der Alliierte Kontrollrat zu funktionieren aufgehört habe, sei die westliche Zuständigkeit für die gesamte Stadt dahingefallen. Die den Westalliierten eingeräumte freie Zirkulation nach Ostberlin erlaube nicht die Ableitung bestimmter Rechte. Immerhin könne heute festgestellt werden, dass in der Frage von Westberlin, das bis zum Viermächteabkommen ein Spannungsherd erster Güte in Europa gewesen war, jetzt eine "wesentliche Besserung" eingetreten sei.

Botschafter Diez: Das seltsame Gebilde "Berlin" ist für uns "res inter alios acta". Als Unbeteiligte seien wir nicht aufgerufen zu sagen, wer recht habe, hingegen machten wir unsere eigenen Gedanken über beide deutsche Auffassungen. Hinsichtlich der Berlin-Klausel wird die zurückhaltende schweizerische Praxis hervorgehoben. Die Staatsbürgerschaftsfrage sei mit der vollen gegenseitigen Anerkennung und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR geregelt worden und habe zu keinen Schwierigkeiten geführt (was von Herrn Nier bestätigt wird).

Botschafter Weitnauer: Das Deutsche Reich war eine Art Schicksalsgemeinschaft, die zwei Weltkriege erlebt hatte. Von da her sind wohl gewisse Schwierigkeiten der BRD erklärlich, die Lostrennung der DDR anzuerkennen. Unterschiede in der Terminologie führten zu

zusätzliche Meinungsverschiedenheiten. Wir seien jedoch in dieser Sache exkulpiert, da die Schweiz - historisch gesehen - als erstes deutschsprachiges Land aus dem damaligen Gebilde "Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation" ausgeschert sei. Die Schweiz habe Verständnis dafür, dass es verschiedene Staaten deutscher Sprache gebe, denn wir fühlten uns sehr wohl in nationaler Unabhängigkeit und gleichzeitiger Verbindung zu internationalen Kulturkreisen.

5. Bilaterale Fragen

Herr Nier bezeichnet die Entwicklung der bilateralen Beziehungen insgesamt als positiv, wenn es auch in einzelnen Punkten noch besser gehen könnte.

DDR-Desiderata:

1. die persönlichen Kontakte, v.a. in Form der gegenwärtigen Gespräche, sollten weitergeführt werden (es war auch ein Wunsch auf einen Besuchs austausch auf Ministerebene herauszuhören).
2. die DDR sei auch bereit, jeden Gedanken betreffend Austausch von Parlamentarierdelegationen aufzugreifen.
3. Handelsbeziehungen: angesichts der Unausgeglichenheit des Handelsaustausches sei die Förderung der Exporttätigkeit der DDR in der Schweiz nötig. Günstige Voraussetzungen hierfür sei die Ueberwindung von Hemmnissen, wie Zollprobleme, Preiszertifikate für bestimmte Produkte. Da jedoch Herr Beil auf diese Angelegenheit zu sprechen kommen werde, soll hier nicht weiter vorgegriffen werden.
4. Auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen sollte trotz positiver Aspekte der Austausch von Ensembles fortgesetzt und die Durchführung von Filmwochen in den beiden Ländern ins Auge gefasst werden.
5. Informationswesen: die DDR sei bereit, zu einer Verbesserung beizutragen, wie etwa die Vereinbarung zwischen dem DDR-Fernsehen und der SRG über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fernsehens

- 12 -

beweise. Die DDR sähe es gerne, wenn gewisse Schweizer Zeitungen ihre Journalisten in West-Berlin auch in Ost-Berlin akkreditierten und Kontakte zwischen den Journalistenorganisationen beider Länder hergestellt würden.

6. Ausbau der vertraglichen Beziehungen (Rechtshilfe, Kultur, Gesundheitswesen, Wissenschaft).

Die DDR-Seite wäre bereit, diese Vorschläge als Material für einen Gedanken- und Meinungsaustausch über die hiesige Botschaft vorlegen zu lassen.

Schweizerischerseits wird zu den einzelnen Punkten wie folgt Stellung genommen.

Botschafter Weitnauer:

- ad 1. Beschränkte Möglichkeit für die schweizerische Besuchsdiplomatie.
- ad 2. Angesichts der Eigenständigkeit unseres Parlamentes müssten Kontakte direkt zwischen den Parlamentarierausschüssen beider Länder angebahnt werden.
- ad 3. Die Behandlung der Frage der Preisertifizierung müsse den Spezialisten vorbehalten bleiben.
- ad 4. Darlegung der Gründe für die schweizerische Zurückhaltung beim Abschluss von Kulturabkommen. Die kulturellen Austausche funktionierten auch ohne Abkommen recht gut: Präzisierung, dass bereits demnächst Schweizer Filmwochen in der DDR durchgeführt würden; eine Wanderausstellung über Pestalozzi sei vorgesehen und die Zusammenarbeit zwischen den UNESCO-Kommissionen beider Länder sei ziemlich intensiv.
- ad 5. auch uns ist an vermehrten Beziehungen gelegen und wir sind interessiert zu vernehmen, wie sich die DDR-Seite die Intensivierung konkret vorstellt.

ad 6. Botschafter Diez stellt der hiesigen DDR-Vertretung eine provisorische Antwort auf den DDR-Abkommensvertrag in Aussicht, wobei man allerdings sehen müsse, welches das beste Verfahren sei, da die Rechtshilfe mit der DDR recht gut funktioniere.

Schweizerische Desiderata

1. Botschafter Diez orientiert über den Stand der vermögensrechtlichen Verhandlungen mit der DDR und bittet Herrn Nier, den zuständigen Stellen den Dank für die bisherige Verhandlungsführung und die Behandlung der Einzelfälle auszusprechen. Gleichzeitig wird der Wunsch ausgedrückt, dass die angemeldeten Schadensfälle weiterhin zügig behandelt werden und dass im Verlaufe des kommenden Jahres eine neue Verhandlungsvollrunde stattfinden könne, die sich mit den wesentlichen Problemen (Kriterien der Zahlung und Entschädigung etc.) zu befassen hätte.
2. Botschafter Weitnauer: auf dem kulturellen Sektor sähen wir es gerne, wenn ein Stipendienaustausch mit der DDR erreicht werden könnte (v.a. für Postgraduierte). Es bestehe ebenfalls ein schweizerisches Interesse an einer erleichterten Hochschulzulassung für Schweizerbürger in der DDR.
3. Herr Leippert bringt die beiden bisher trotz Briefwechsels nicht geregelten Fragen eines Ausbaus des Zahlungsverkehrs (Erbschaftsfälle, Unterhaltsleistungen etc.) sowie des schweizerischen Wunsches nach Verhandlungen über den Abschluss eines Sozialversicherungsabkommens zur Sprache.

Herr Nier

ad 1. Die Anregung betreffend eine Vollrunde werde dem Amte für Rechtsschutz weitergeleitet; gleichzeitig wird jedoch

- 14 -


zu bedenken gegeben, dass man nicht mit allzu kurzen Fristen und Terminen hinsichtlich des Abschlusses von Verhandlungen rechnen sollte. Die Schweiz sei gegenüber andern Staaten nicht ins Hintertreffen geraten.

- ad 2. Stipendienaustausch und Studium von Schweizerbürgern in der DDR sei schwierig, weil die DDR solche Fragen in bilateralen Abkommen regle, nicht zuletzt aus Kapazitätsgründen an den einzelnen Universitäten. Es wäre sicher möglich, eine gewisse Anzahl Plätze für schweizerische Interessenten zur Verfügung zu stellen.
- ad 3. Eine DDR-Stellungnahme zur Frage nichtkommerzieller Zahlungen werde der Schweizerischen Botschaft übermittelt. Bezüglich Sozialversicherung seien die zuständigen Stellen noch nicht so weit, um bald in Verhandlungen zu treten.

Herr Weitnauer gibt seiner Befriedigung über die Erledigung dermeisten hängigen Heirats- und Uebersiedlungsfälle Ausdruck und bittet Herrn Nier, den zuständigen Behörden den schweizerischen Dank abzustatten.

Beide Seiten zeigen sich über die konstruktive Atmosphäre der Besprechungen erfreut. Regelmässige Kontakte sollen über die Botschaften in Berlin/DDR bzw. in Bern erfolgen.

Botschafter Weitnauer nimmt eine Einladung zu einem Gegenbesuch in der DDR an.


(K. Wyss)

grüne
~~Chamois Kopie~~ 8 21. Okt. 1977 1.0

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
 DEPARTEMENT

Bern, 18. Oktober 1977

p.B.72.9.15.1. - WA/os
 p.B.15.21. RDA.1.)

VERTRAULICH

An die schweizerischen Botschaften in:

Brüssel	Belgrad	Stockholm
Sofia	Ottawa	Madrid
Kopenhagen	Luxemburg	Prag
Berlin/DDR	Den Haag	Ankara
Köln	Oslo	Budapest
Helsinki	Wien	Moskau
Paris	Warschau	London
Athen	Lissabon	Washington
Dublin	Bukarest	Tel-Aviv
Rom		
Rabat	Algier	Tunis
Tripolis	Kairo	Damaskus
Beirut		

- An den ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An den Schweizerischen Beobachter bei der UNO, New York
- An die Schweizerische Mission bei den internationalen Organisationen, Genf
- An die Schweizerische Delegation bei den internationalen wirtschaftlichen Organisationen, Genf
- An den ständigen Vertreter der Schweiz bei der UNESCO, Paris

Kopien an:

Herrn Bundesrat P. Graber
 Herrn Botschafter A. Weitnauer
 Herrn Botschafter R. Bindschedler
 Herrn Botschafter E. Diez
 Herrn Botschafter A. Hegner
 Herrn Botschafter J. Cuendet
 Frau Botschafter F. Pometta
 Herrn Minister J. Zwahlen

Herrn A. Maillard
 Herrn E. Andres
 Herrn R. Stettler
 Herrn F. Nordmann
 Herrn H. von Arx
 Herrn P.A. Troendle

Herrn Botschafter Sommaruga (HA)
 Herrn A. Clerc (HA)
 Fräulein A. Leuenberger (AND)

Herrn M. Leippert
 Herrn P. Stauffer
 Herrn J.O. Quinche
 Herrn A. Kamer
 Herrn E. Bischof
 Herrn A. Greber
 Herrn K. Wyss

Herrn J. Lugon (HA)
 Herrn Oberst Mark (GGST, Op)

3 21. Okt. 1977 1.0

p.B.72.9.15.1
p.B.15.21.RDA.1. - WA/os

Bern, den 18. Oktober 1977

Vertraulich

Besuch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in Bern vom 26./27. September 1977

Herr Botschafter,

Auf Einladung von Herrn Botschafter Weitnauer, Generalsekretär des EPD, hielt sich Herr Kurt Nier, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, am 26./27. September 1977 in der Schweiz auf. Der Besuch von Herrn Nier stellt die erste offizielle politische Kontaktnahme zwischen den Vertretern beider Aussenministerien auf dieser Ebene dar.

In der Beilage erhalten Sie die Aufzeichnung über die Gespräche, welche trotz zum Teil ziemlich abweichenden Auffassungen in angenehmem Ton verliefen und instruktiv waren.

Am 27. September 1977 wurde Herr Nier von Herrn Bundesrat Graber zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Der Gast nahm diesen Besuch zum Anlass, um sich aus humanitären Gründen für die baldige Freilassung der krebserkrankten DDR-Agentin Gisela Wolf, welche 1975 zusammen mit ihrem Gatten zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, einzusetzen.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

POLITISCHE ABTEILUNG I


A. Hegner